

# AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2014

## Inhalt

|   |          |
|---|----------|
| <b>Neuigkeiten aus der COFACE .....</b>   | <b>2</b> |
| COFACE bei UN-Generalversammlung zu 25 Jahren Kinderrechtskonvention .....                              | 2        |
| COFACE-Konferenz: Ein nachhaltiges Pflegesystem für Europa.....   | 2        |
| <b>Neuigkeiten aus den EU-Institutionen.....</b>  | <b>2</b> |
| EU-Ratspräsidentschaft: Konferenz zur Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTI-Personen.....            | 2        |
| EU-Ratspräsidentschaft und EU-Kommission: Konferenz zur Zukunft der Gleichstellungspolitik.....         | 2        |
| Eurostat: Aktuelle Zahlen zur Armutsgefährdung und sozialen Ausgrenzung .....                           | 3        |
| Eurostat: Hohes Armutsrisiko für Migrant/innen in der EU .....  | 3        |
| Eurostat: Jugendarbeitslosigkeit sinkt leicht.....  | 3        |
| EU-Kommission: Bahnreisen für Menschen mit Behinderung erleichtern .....                                | 4        |
| <b>Nachrichten aus dem Europäischen Gerichtshof .....</b>   | <b>4</b> |
| Minderung der Kinderzulage in Teilzeitbeschäftigung.....  | 4        |
| Kindergeldanspruch bei unterschiedlichem Wohn- und Beschäftigungsstaat .....                            | 4        |
| Nicht erwerbstätige EU-Zuwanderer/innen können von Sozialleistungen ausgeschlossen werden.....          | 4        |
| <b>Weitere Nachrichten .....</b>  | <b>5</b> |
| Weltkindertag: 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention .....   | 5        |
| UN-Kinderrechtsausschuss: Digitale Medien und die Rechte von Kindern.....                               | 5        |
| Eurochild-Jahrestagung 2014 .....   | 5        |
| Europäisches Jugendforum: Konferenz zu Jugendarbeitslosigkeit .....                                     | 5        |
| Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Vierte Jahrestagung.....                     | 6        |
| Luxemburg: Sonderabgabe für die Finanzierung der Kinderbetreuung geplant.....                           | 6        |
| Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen .....                                   | 6        |
| Internationaler „Transgender Day of Remembrance“ .....  | 6        |
| Konferenz „Spring Forward for Women“ von EU und UN .....  | 6        |
| <b>Berichte und Studien.....</b>  | <b>7</b> |
| Report zur Situation von Roma-Frauen in Europa .....  | 7        |
| EIGE-Studie zu geschlechtsspezifischer Gewalt in Europa.....  | 7        |
| „Ageing-Report“: Altersbedingte Ausgaben in Europa .....  | 7        |
| ILO-Studie: Junge Menschen und Frauen zunehmend überqualifiziert.....                                   | 7        |
| <b>Ausschreibungen der EU-Institutionen.....</b>  | <b>8</b> |
| EU-Kommission: Transnationale Projekte gegen Mobbing von Kindern .....                                  | 8        |
| EU-Kommission: Projekte zur Bekämpfung von Cyberkriminalität und sexuellem Missbrauch von Kindern ..... | 8        |
| <b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>   | <b>8</b> |

## Neuigkeiten aus der COFACE

---

### COFACE bei UN-Generalversammlung zu 25 Jahren Kinderrechtskonvention

Wie steht es weltweit um die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte des Kindes? Was sind die Herausforderungen der kommenden Jahre und welche Lösungsansätze waren erfolgreich? Anlässlich des 25. Jahrestages der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention nahm am 20. November 2014 eine Delegation der COFACE an der Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York teil. Die Teilnehmer/innen der Konferenz zogen Bilanz und besprachen die nächsten Schritte zur Umsetzung der Konvention. Die COFACE forderte die europäischen Regierungen anlässlich des Jahrestages dazu auf, die Konvention und die Empfehlungen der EU-Kommission zur Investition in Kinder konsequenter umzusetzen.

- [Pressemitteilung der COFACE](#)  

### COFACE-Konferenz: Ein nachhaltiges Pflegesystem für Europa

Angesichts der demografischen Entwicklung in Europa wachsen die Pflegeaufgaben für Familien. Meist sind es Frauen, die die Pflege von Angehörigen übernehmen. Sie sind dadurch besonders häufig von den Auswirkungen einer schwierigen Vereinbarkeit von Pflege und Beruf betroffen – Jobausstieg, niedrige Rentenbeiträge und ein höheres Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung sind die Folge. Diese Themen, sowie die Frage, wie lokale und nationale Unterstützungsmodelle für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und eine nachhaltige System der Pflege aussehen können, wurde auf der Konferenz „A sustainable care system for Europe“ diskutiert, zu der die COFACE und ihr italienisches Mitglied „Anziani e Non Solo“ im Rahmen der italienischen Ratspräsidentschaft am 4. November 2014 in Rom eingeladen hatten.

- [Website der COFACE mit Informationen zu Konferenz](#) 

## Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

---

### EU-Ratspräsidentschaft: Konferenz zur Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTI-Personen

Die Grundrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI-Personen) besser zu schützen, stand im Fokus einer Konferenz der EU-Ratspräsidentschaft und der EU-Grundrechte-Agentur (FRA) am 28. Oktober 2014 in Brüssel. An der Konferenz unter dem Titel „Bekämpfung von Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität: Künftige Schritte zur Gestaltung der Politik der EU und der Mitgliedstaaten“ nahmen Vertreter/innen der europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten, Grundrechte-Expert/innen und LGBTI-Organisationen teil. Ziel der Konferenz war es, eine umfassende Politik für die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung von LGBTI-Personen in der EU voranzubringen.

- [Informationen zur Konferenz](#)
- [LGBT-Umfrage in der EU \(Mai 2013\)](#) 

### EU-Ratspräsidentschaft und EU-Kommission: Konferenz zur Zukunft der Gleichstellungspolitik

Vielfalt zu ermöglichen und die Gleichberechtigung voranzubringen war das Ziel einer hochrangigen Konferenz der italienischen Ratsvorsitzes und der EU-Kommission am 6. und 7. November 2014 in Brüssel.

Regierungsvertreter/innen der EU-Mitgliedstaaten, Nichtregierungsorganisationen und Expert/innen diskutierten die aktuellen Gleichstellungsrichtlinien und Maßnahmen und informierten sich über Erfahrungen von Menschen, die aus Gründen der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion, des Alters, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität Diskriminierung erleben. Bei der Konferenz verpflichteten sich zahlreiche Mitgliedstaaten, die bereits bestehenden Gleichstellungsrichtlinien umzusetzen.

### Eurostat: Aktuelle Zahlen zur Armutsgefährdung und sozialen Ausgrenzung

Im Jahr 2013 waren in der EU 122,6 Millionen Personen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht – das entspricht mit 24,5 Prozent rund einem Viertel der EU-Bevölkerung. Das Statistische Amt der EU (Eurostat) hat am 4. November 2014 diese aktuellen Daten zur Armutsbedrohung in der EU veröffentlicht. 2012 lag der Anteil mit 24,8 Prozent nahezu gleich hoch. Eine leichte Steigerung ist seit 2008 festzustellen: Damals waren es 23,8 Prozent. Als Indikatoren gelten in der Eurostat-Statistik: Einkommensarmut, erhebliche materielle Deprivation oder Leben in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit. Bulgarien (48 Prozent) und Rumänien (40,4 Prozent) führen die Statistik an, gefolgt von Griechenland (35,7 Prozent), Lettland (35,1 Prozent) und Ungarn (30,5 Prozent). Damit ist die EU den Zielen der Strategie Europa 2020 zur Armutseindämmung nicht näher gerückt (siehe [Europa News Oktober 2014](#)).

- [Pressemitteilung von Eurostat mit den aktuellen Daten](#) 

### Eurostat: Hohes Armutsrisiko für Migrant/innen in der EU

Die Wahrscheinlichkeit von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht zu sein, war im Jahr 2013 für Nicht-EU-Bürger/innen doppelt so hoch, wie für EU-Staatsbürger/innen – das ergeben aktuelle Daten, die das Statistikamt der EU (Eurostat) am 21. November 2014 herausgegeben hat. Mit 48,7 Prozent war im Jahr 2013 fast die Hälfte der in den Mitgliedstaaten lebenden Nicht-EU-Bürger/innen über 18 Jahre von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Fast ein Drittel (32 Prozent) lebte in überbelegten Haushalten. Für EU-Bürger/innen traf dies mit rund 15 Prozent deutlich seltener zu. Die Quote der armutsgefährdeten Migrant/innen war in Griechenland (72,1 Prozent) und Belgien (68,4 Prozent) am höchsten. Die niedrigsten Zahlen verzeichnen Tschechien (30,8 Prozent) und Malta (31,4 Prozent).

- [Pressemitteilung von Eurostat mit den aktuellen Daten](#) 

### Eurostat: Jugendarbeitslosigkeit sinkt leicht

Laut Arbeitslosenzahlen des europäischen Statistikamts (Eurostat) vom 31. Oktober 2014 ist die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren im September 2014 im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht gesunken. Die Jugendarbeitslosenquote lag in den EU-Mitgliedstaaten bei 21,6 Prozent und im Euroraum bei 23,3 Prozent. Im September 2013 waren es 23,5 Prozent beziehungsweise 24 Prozent. Die niedrigsten Quoten verzeichnen Deutschland (7,6 Prozent) und Österreich (9,1 Prozent), die höchsten Quoten meldeten Spanien (53,7 Prozent), Griechenland (50,7 Prozent im Juli 2014) und Italien (42,9 Prozent).

Leichte Rückgänge zeigt auch die saisonbereinigte, gesamte Arbeitslosenquote: Sie lag für den Euroraum bei 11,5 Prozent (September 2013: 12 Prozent) und in der EU28 bei 10,1 Prozent (September 2014: 10,8 Prozent).

- [Pressemitteilung von Eurostat mit den aktuellen Arbeitslosen-Zahlen](#)

## EU-Kommission: Bahnreisen für Menschen mit Behinderung erleichtern

Die Europäische Kommission hat am 18. November 2014 eine überarbeitete Verordnung für den europäischen Bahnverkehr angenommen, die das Reisen für Menschen mit Behinderung erleichtern soll. Beispielsweise müssen Bahnhöfe innerhalb der EU zukünftig über Bodenleitsysteme verfügen, damit sich blinde und sehbehinderte Menschen besser orientieren und selbstständig bewegen können. Zudem müssen die Türöffnungen vergrößert, die Zugbereiche besser ausgeleuchtet und die Rollstuhlrampen abgeflacht werden.

- [Weitere Informationen zur überarbeiteten Verordnung für den EU-Bahnverkehr](#) 

## Nachrichten aus dem Europäischen Gerichtshof

---

### Minderung der Kinderzulage in Teilzeitbeschäftigung

Die Kinderzulage, die aufgrund eines Kollektivvertrags (österreichischer Tarifvertrag) gezahlt wird, darf zeitanteilig berechnet werden, urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 5. November 2014. Damit haben Arbeitnehmer/innen in Teilzeit kein Anrecht auf die ungeminderte Kinderzulage. Hintergrund war die Klage des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gegen den Verband Österreichischer Banken und Bankiers (VÖBB) gegen eine Kürzung der Kinderzulage für Teilzeitbeschäftigte.

- [Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 5. November 2014](#)

### Kindergeldanspruch bei unterschiedlichem Wohn- und Beschäftigungsstaat

Arbeitet ein Elternteil in einem Mitgliedstaat und wohnt in einem anderen, darf der Beschäftigungsmitgliedstaat den Anspruch auf Familienleistungen ruhen lassen, wenn im Wohnmitgliedstaat kein Antrag auf Gewährung von Familienleistungen gestellt wurde und wenn in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Beschäftigungsmitgliedstaates ein solches Ruhenlassen vorgesehen ist. Dies folgt aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. November 2014, in dem er die deutschen Vorschriften in Paragraph 65 EStG und Paragraph 4 Bundeskindergeldgesetz mit der europäischen Kumulierungsregelung für Familienleistungen in Art. 76 Abs. 2 VO Nr. 1408/71 für miteinander vereinbar erklärt. Hintergrund war eine anteilige Rückforderung von Kindergeldzahlungen der Familienkasse in Krefeld gegenüber einer in Belgien lebenden Mutter, deren belgischer Ehemann in Belgien keine vergleichbaren Leistungen beantragt hatte, auf die er jedoch Anspruch gehabt hätte.

- [Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 6. November 2014](#)

### Nicht-erwerbstätige EU-Zuwanderer/innen können von Sozialleistungen ausgeschlossen werden

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 11. November 2014 entschieden, dass nicht-erwerbstätige Unionsbürger/innen, die in einen anderen Mitgliedstaat ziehen, von bestimmten Sozialleistungen ausgeschlossen werden können. Dies gilt dann, wenn sie ausschließlich für den Bezug der Sozialleistungen dorthin gezogen sind und nicht über ausreichende Existenzmittel für die Beanspruchung eines Aufenthaltsrechts verfügen. Hintergrund war die Klage einer Rumänin aus Leipzig, die auf Zahlung von Arbeitslosengeld II geklagt hatte. Die EU-Kommission begrüßte das Urteil und betonte, es gebe ein Recht auf Freizügigkeit, jedoch kein Recht auf Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme.

- [Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 11. November 2014](#)
- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

## Weitere Nachrichten

### Weltkindertag: 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

Vor 25 Jahren, am 20. November 1989, haben die Vereinten Nationen die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet und den 20. November zum Weltkindertag erklärt. Inzwischen haben fast alle Staaten die Konvention als weltweites „Grundgesetz“ für Kinder ratifiziert. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Kinderrechtskonvention fordern die Vereinten Nationen und ihre nationalen Partner Regierungen, Wirtschaft und Gesellschaft dazu auf, die Umsetzung der Kinderrechte voranzutreiben. Rund um den 20. November 2014 fanden europaweit Veranstaltungen zum Weltkindertag und zum Jubiläum statt. UNICEF Deutschland und das Deutsche Kinderhilfswerk haben zum diesjährigen Weltkindertag (in Deutschland bereits im September begangen) das Thema Kinderrechte unter dem Motto „Jedes Kind hat Rechte“ in den Mittelpunkt gerückt.

- [Website von UNICEF mit Informationen zur UN-Kinderrechtskonvention](#)
- [Kinderrechte-Website des Deutschen Kinderhilfswerks](#)

### UN-Kinderrechtsausschuss: Digitale Medien und die Rechte von Kindern

Kindern einen gleichberechtigten Zugang zum Internet zu gewährleisten, ist Teil des Nichtdiskriminierungs-Prinzips der UN-Kinderrechtskonvention. Am 4. November 2014 stand diese Herausforderung im Fokus des jährlich stattfindenden allgemeinen Diskusstages („General Discussion Day“) des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes. Die Teilnehmer/innen diskutierten mögliche Strategien, die Kindern das Recht auf einen Internetzugang garantieren und sie gleichzeitig vor Risiken und möglichen Gefahren schützen. Im Ausschuss wurde zudem das Projekt „One Laptop per Child“ vorgestellt, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, Kindern aus den ärmsten Ländern der Welt über einen Laptop Zugang zu Bildung zu verschaffen.

- [Kampagnen-Website „One Laptop per Child“](#) 

### Eurochild-Jahrestagung 2014

Unter dem Titel „Children First: Better Public Spending for Better Outcomes for Children and Families“ fand vom 26. bis zum 28. November 2014 die Eurochild-Jahrestagung in Bukarest statt. Im Gesamtfokus standen Maßnahmen gegen Kinderarmut. Die Konferenz nahm die soziale Rendite (Social Return on Investment) und öffentlich-private Partnerschaften kritisch in den Blick. Diskutiert wurden zudem die Themen öffentliche Investitionen in alternative Betreuungsformen für Kinder, frühe Kindheit, Familie und Elternschaft sowie Kinder- und Jugendbeteiligung.

### Europäisches Jugendforum: Konferenz zu Jugendarbeitslosigkeit

Vertreter/innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie Jugenddelegierte haben in Rom vom 12. bis zum 14. November 2014 bei einer Konferenz über EU-Reaktionen auf die Jugendarbeitslosigkeit diskutiert. Ziel der Konferenz war es, den Mitgliedstaaten konkrete Handlungsempfehlungen gegen die hohe Jugendarbeitslosenquote zu geben. Die Veranstaltung „One Year After: Building A Sustainable Future“ wurde vom italienischen Forum Nazionale Giovani und dem Europäischen Jugendforum unter der Schirmherrschaft des italienischen Ratsvorsitzes als Nachfolgekonferenz einer ersten Tagung 2013 veranstaltet. Begleitend hat das Europäische Jugendforum eine Studie veröffentlicht, die die negativen Effekte der Sparmaßnahmen in Reaktion auf die Finanzkrise auf die Situation junger Europäer/innen aufzeigt.

- [Publikation des European Youth Forum „Youth in the Crisis: What Went Wrong?“](#)  

## Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Vierte Jahrestagung

Am 20. und 21. November 2014 fand die vierte Jahrestagung der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Brüssel statt. Die soziale Innovation zur Verbesserung der Lebenssituation bildete den Schwerpunkt der Konferenz mit rund 700 Teilnehmer/innen. Der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz eröffnete die Veranstaltung gemeinsam mit der neuen Kommissarin für Beschäftigung und Soziales, Marianne Thyssen. Das European Anti-Poverty Network (EAPN) betonte im Rahmen der Tagung, Partizipation sei der Schlüssel zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit und forderte Investitionen in Arbeitsplätze, Dienstleistungen und soziale Sicherung sowie die Beteiligung der von Armut betroffenen Menschen an der Entwicklung von Lösungen.

## Luxemburg: Sonderabgabe für die Finanzierung der Kinderbetreuung geplant

Die luxemburgische Regierung plant eine Sonderabgabe zur Finanzierung der Familienpolitik. Die neue Abgabe soll 0,5 Prozent betragen und als sogenannter „Zukunftsbeitrag“ in Sachleistungen zugunsten von Betreuungseinrichtungen für Kinder im Alter zwischen null und drei Jahren fließen. Ursprünglich ab 2015 geplant, könnte sich die Einführung der neuen Abgabe durch Druck der Gewerkschaften um ein Jahr verschieben.

## Internationaler Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Im Jahr 1999 haben die Vereinten Nationen den 25. November zum „Internationalen Tag für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen“ erklärt. Anlässlich des diesjährigen Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen haben die Vereinten Nationen die Regierungen weltweit dazu aufgefordert, die Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einzudämmen. In Europa haben Organisationen in Kampagnen und mit Aktionstagen darauf aufmerksam gemacht, dass Gewalt gegen Frauen weltweit ein erschreckendes Ausmaß hat – etwa ein Drittel aller Frauen hat körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt. In Deutschland startete das Bundesfamilienministerium eine Selfie-Aktion unter dem Titel „Gewalt gegen Frauen verletzt uns alle“.

- [Informationen zur Selfie-Aktion „Gewalt gegen Frauen verletzt uns alle“](#)
- [Kampagnen-Website der UN-Women](#) 

## Internationaler „Transgender Day of Remembrance“

Seit 16 Jahren machen Organisationen weltweit am 20. November auf die Gewalt gegen Transgender aufmerksam und gedenken der Opfer transphober Gewalt. Allein in Europa wurden seit Oktober 2013 acht Trans-Personen getötet. Zahlreiche europäische Organisationen beteiligten sich am diesjährigen Gedenktag für die Opfer von Transphobie und informierten über Hassverbrechen gegen Trans-Menschen in Europa.

- [Website von ILGA-Europe zum Gedenktag](#) 

## Konferenz „Spring Forward for Women“ von EU und UN

Politikerinnen aus arabischen Ländern und Mitglieder des EU-Parlaments haben sich am 05. und 06. November 2014 zu der Konferenz „Spring Forward for Women“ getroffen. Das EU-Parlament und die UN-Women haben die Konferenz im Rahmen des von der EU-Kommission finanzierten Regionalprogramms für die ökonomische und politische Beteiligung von Frauen – „Spring Forward for Women“ – veranstaltet. Vor dem

Hintergrund, dass Frauen in der Politik weiterhin unterrepräsentiert sind, diskutierten die Teilnehmer/innen, wie Frauen in Europa und in den arabischen Ländern dazu ermutigt werden können, in die Politik zu gehen.

Die Konferenz fand im Vorfeld von „Beijing+20“ statt – einer Veranstaltung der UN-Mitgliedstaaten 2015. 20 Jahre nach der Vierten Weltfrauenkonferenz soll dort diskutiert werden, welche Fortschritte es auf dem Weg zu Partizipation und Gleichstellung gab und welche Rahmenbedingungen noch geschaffen werden müssen.

- [Website von UN-Women](#) 

## Berichte und Studien

---

### Report zur Situation von Roma-Frauen in Europa

Roma-Frauen sind in vielen europäischen Ländern hochgradig marginalisiert – stärker noch als Roma-Männer. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat am 7. November 2014 einen Report zur Lebenssituation von Roma-Frauen in elf europäischen Staaten veröffentlicht (Bulgarien, Tschechien, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei und Spanien). Die Studie zeigt große Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten auf. Alarmierende Situationen zeigen sich demnach in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Diskriminierung. So geben beispielsweise 23 Prozent der befragten Frauen an, nicht lesen zu können. Die Grundrechte-Agentur fordert die EU und die EU-Mitgliedstaaten auf, diese Ergebnisse in der Integrationspolitik zu berücksichtigen.

- [„Discrimination against and living conditions of Roma women in 11 EU Member States“](#)  

### EIGE-Studie zu geschlechtsspezifischer Gewalt in Europa

Anlässlich des Internationalen Tags für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November hat das European Institute for Gender Equality (EIGE) eine aktuelle Studie zu Gewalt gegen Frauen in Europa vorgestellt. Die Studie „Mapping Administrative Data Sources on Gender-based Violence against Women in the EU: Current Status and Potential for the Collection of Comparable Data“ gibt einen umfassenden Überblick über die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen auf Grundlage der von den Verwaltungen in der EU erhobenen Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt.

- [Die vollständige EIGE-Studie](#) 

### „Ageing-Report“: Altersbedingte Ausgaben in Europa

Der Rat für Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission hat am 6. November 2014 den „Ageing-Report“ für die EU veröffentlicht. Der Bericht stellt die langfristige Entwicklung altersbedingter Ausgaben auf Grundlage der Bevölkerungsprognosen von Eurostat dar. Im Frühjahr 2015 soll ein weiterer Bericht erscheinen, der die Ausgaben in den Bereichen Rente, Gesundheit, Pflege, Bildung und für die Arbeitslosenunterstützung prognostiziert.

- [„Ageing-Report“ der EU-Kommission](#)  

### ILO-Studie: Junge Menschen und Frauen zunehmend überqualifiziert

Eine aktuelle Studie der International Labour Organization (ILO) zeigt, dass Arbeitnehmer/innen immer häufiger Stellen annehmen, für die sie überqualifiziert sind. Die in der Studie erhobenen Daten weisen ein

wachsendes Missverhältnis zwischen der Arbeitnehmerqualifikation und den Erfordernissen der Arbeitsplätze nach – insbesondere bei jungen Menschen und Frauen. Während die Unterqualifizierung abnimmt, steigt in Folge des angespannten Arbeitsmarktes in vielen europäischen Ländern die Rate der überqualifizierten Arbeitskräfte. Zudem befinden sich immer mehr junge Menschen und Frauen in irregulären Beschäftigungsverhältnissen.

- [Skills mismatch in Europe: Statistics brief](#)  

## Ausschreibungen der EU-Institutionen

---

### EU-Kommission: Transnationale Projekte gegen Mobbing von Kindern

Die EU-Kommission fördert grenzübergreifende Projekte, die sich gegen das Mobbing von Kindern insbesondere in Schulen, Wohneinrichtungen sowie im Gewahrsam einsetzen. Antragsberechtigt sind Non-Profit-Organisationen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder in Island. Frist für die Einreichung von Vorschlägen: 10. März 2015, 12 Uhr (MEZ)

- [Details zur Ausschreibung](#) 

### EU-Kommission: Projekte zur Bekämpfung von Cyberkriminalität und sexuellem Missbrauch von Kindern

Die EU-Kommission hat eine Förderung von transnationalen Projekten zur Kriminalitätsprävention mit dem Schwerpunkt Bekämpfung von Cyberkriminalität ausgeschrieben. Dazu zählt insbesondere der Kampf gegen den Missbrauch von Kindern im Internet, einschließlich der „Globalen Allianz gegen den Missbrauch von Kindern im Netz“. Frist für die Einreichung von Vorschlägen: 16. Januar 2015, 12 Uhr (MEZ)

- [Details zur Ausschreibung](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

---

- Youth and European Social Work Forum (YES Forum): [„Politikevent und Generalversammlung des europäischen Jugend- und Sozialarbeitforums“](#) (02. Dezember 2014, Brüssel)
- European Network of Migrant Women (ENoMW): [„Precarious Workers: Migrant Women in the EU, the Fight for Labour Security“](#) (03. Dezember 2014, Brüssel)
- AGE – EU-network on innovation for age-friendly environments: [„Jahreskonferenz des europäischen Netzwerks AGE“](#) (04. Dezember 2014, Brüssel)
- Europarat, European and Mediterranean Major Hazards Agreement (EUR-OPA): [„Conference on Including People with Disabilities in Disaster Preparedness and Response“](#) (04./05. Dezember 2014, Brüssel)
- European Women’s Lobby (EWL), Mission of Norway to the EU: [„Women’s rights, violence against women and prostitution: the Nordic model as an inspiration for gender equality“](#) (08. Dezember 2014, Brüssel)
- European Institute for Gender Equality (EIGE): [„A Europe free of gender-based Violence“](#) (10. Dezember 2014, Brüssel)
- Public Policy Exchange: [„Free from Fear, Free from Pain: Eliminating Female Genital Mutilation in Europe“](#) (20. Januar 2015, Brüssel)

- European Union of Supported Employment (EUSE): „12<sup>th</sup> European Conference“ (27. bis 29. Mai 2015, Lissabon)
- Internationaler Rat für die Paritätische Doppelresidenz (ICSP): „Internationale Konferenz zur Paritätischen Doppelresidenz 2015 – Bewährte Lösungen für die rechtliche und psycho-soziale Umsetzung der Paritätischen Doppelresidenz (Wechselmodell)“ (08. bis 10. Juli 2015, Bonn)

---

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

---

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).

---



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 - 2902825 - 72  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Redaktion: Friederike Scharlau, Dr. Vera Urban, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)